

Aufgabenfeld erweitert

Marktgemeinderat verabschiedet neue Satzung für Kommunalunternehmen

Von Sebastian Brückl

Schierling. Die Aufgaben des Kommunalunternehmens des Marktes Schierling (K-MS) werden erweitert. Der Marktgemeinderat hat in der jüngsten Sitzung mehrheitlich eine neue Satzung verabschiedet.

Laut Satzung war bislang die Aufgabe des K-MS „die Errichtung, der Betrieb und der Unterhalt von Photovoltaikanlagen, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Wohn- und Gewerbegebieten und -objekten sowie der Unterhalt und die Verwaltung von markteigenen Immobilien“. Neu hinzu kommt nun die „Errichtung von markteigenen Immobilien“. Hintergrund ist, dass das K-MS unter anderem den Bau des geplanten Kinderhauses übernehmen soll.

Antrag der Bürgerliste eingearbeitet

Fritz Wallner, neben Rathaus-Geschäftsleiter Manuel Kammermeier einer der beiden Vorstände des K-MS, erläuterte dem Marktgemeinderat die neue Satzung. Diese entspreche in weiten Teilen der überarbeiteten Mustersatzung des Bayerischen Gemeindetags, die dieser im vergangenen Sommer vorlegte. Er betonte, dass das K-MS „Dienstleiter im Interesse des Marktes ist“. Wallner verdeutlichte, dass das Kommunalunternehmen seit Bestehen „keinen Cent Steuer-gelder des Marktes“ gekostet habe. Alles sei selbst aufgebaut und erwirtschaftet worden.

Eingearbeitet in die neue Satzung wurde ein Antrag der Bürgerliste, der eine Angleichung der Verfügungsgrenzen der Vorstände des

K-MS und des Bürgermeisters zum Ziel hatte. Bislang konnten die beiden Vorstände Geschäfte mit einem Volumen von bis zu 150000 Euro ohne Beschluss des Marktgemeinderates tätigen, der Bürgermeister kann laut Geschäftsordnung über bis zu 35000 Euro verfügen.

Kritik von Josef Röhrl

Aus der Verwaltung bestehen keine Bedenken gegen die vorgeschlagene Änderung. Wie Wallner sagte, habe diese Grenze in den zwölf Jahren des Bestehens des K-MS keine Rolle gespielt, weil jede Verfügung dem Verwaltungsrat und dem Marktgemeinderat vorgelegt worden sei, und zwar unabhängig von einer Höhe. Der Unterschied beim Marktgemeinderat bestehe darin, dass er ab 150000 Euro beschlossen habe und darunter die Verfügungen zur Kenntnis genommen habe.

Josef Röhrl (SPD) kritisierte, dass sich das Kommunalunternehmen seine Geschäfte „immer erst im Nachhinein“ vom Marktgemeinderat absegnen lasse – nachdem die Verträge längst geschlossen worden seien. „Das geht so nicht! Das ist nicht in Ordnung“, wettete er.

Wie Wallner sagte, seien bei Grundstücksgesprächen oftmals Vertraulichkeit und Schnelligkeit von Bedeutung. Grundsätzlich sei bei Verträgen, die der Markt schließe, immer der Passus „Vorbehaltlich der Zustimmung des Marktgemeinderats“ eingefügt. Bei Verträgen des Kommunalunternehmens seien die beiden Vorstände persönlich haftbar und schadenersatzpflichtig, wenn Interessen des Marktes verletzt werden. „Wir haben das Beste für den Markt im Sinn“, versicherte

Wallner. Außerdem agiere das K-MS immer nur nach Auftrag des Marktgemeinderats.

700 Euro pro Jahr für Verwaltungsratsmitglieder

Ein weiterer Diskussionspunkt war der Vorschlag, die Aufwandsentschädigung der Verwaltungsratsmitglieder anzupassen. Es gibt nun eine jährliche Aufwandsentschädigung von 700 Euro für jedes Mitglied, einschließlich des Vorsitzenden, und 350 Euro für jedes stellvertretende Mitglied. Sitzungsgelder und Leistungen wie Fahrtkosten entfallen zukünftig.

Wallner sagte, dass man damit die Wertigkeit der Aufgabe ausdrücken möchte, Verwaltungsrat bei einem Unternehmen mit einer Bilanzsumme von rund 17 Millionen Euro zu sein.

Claudia Buchner (Bürgerliste) wollte diese Änderung nicht mittragen, weil damit ein Ungleichgewicht gegenüber dem Amt als Marktgemeinderat entstünde.

Bürgermeister und Verwaltungsratsvorsitzender Christian Kiendl (CSU) sprach von „einer anderen Rolle“, die als Verwaltungsrat ausgefüllt werden müsse. Die Änderung diene auch einer Vereinfachung der Abrechnung.

Der Verwaltungsrat des K-MS sprach sich laut Marktverwaltung mehrheitlich für die Änderung der Satzung aus. Der Marktgemeinderat genehmigte die neue Satzung mit 14:5 Stimmen.

Die Gegenstimmen kamen von den drei anwesenden Vertretern der Bürgerliste – Claudia Buchner, Hans Straßer und Alfred Müller – sowie Josef Röhrl und Markus Schinhanl (FW).